



Stadtparlament

9201 Gossau
www.stadtgossau.ch
info@stadtgossau.ch



Beschluss-Protokoll

Amts-dauer 2005 - 2008

22. Sitzung

Dienstag, 4. Dezember 2007, 17.00 bis 20.20 Uhr, Fürstenlandsaal Gossau

Vorsitz Alfred Zahner (FLiG)

Anwesend 30 Mitglieder

Entschuldigt

Anwesend Stadtrat 7 Mitglieder

Entschuldigt

Traktanden

- 22.01 Schulhaus am Weiher, Innensanierung; Überweisung an die Baukommission
- 22.02 Voranschläge und Steuerfuss 2008
- 22.03 Neuer Vorstoss

Fraktionspräsident Albert Lehmann (CVP) verabschiedet das Parlamentsmitglied Rosmarie Nagel. Sie tritt per Ende 2007 aus dem Stadtparlament aus, weil sie von Gossau wegzieht.

22.01

Schulhaus am Weiher, Innensanierung; Überweisung an die Baukommission

Grundlage ist der Bericht und Antrag des Stadtrates vom 7. November 2007 mit folgendem Antrag:

Für die Innensanierung des Schulhauses am Weiher wird ein Kredit von CHF 835'000 inkl. MwSt. bewilligt.

Beschluss des Stadtparlamentes:

Das Geschäft wird einstimmig an die Baukommission überwiesen.

22.02

Voranschläge und Steuerfuss 2008

Grundlage ist der Bericht und Antrag des Stadtrates vom 3. Oktober 2007 mit folgenden Anträgen:

1. *Die Voranschläge für das Jahr 2008 der Stadtwerke mit einem Ertragsüberschuss von CHF 1'745'000, des Altersheim Espel mit einem ausgeglichenen Budget und des städtischen Haushaltes mit einem Aufwandüberschuss von CHF 440'360 werden genehmigt.*
2. *Die Steuersätze für das Jahr 2008 werden wie folgt festgelegt:*
Gemeindesteuer 124 % (bisher: 127 %)
Grundsteuer 0,6 ‰ (wie bisher)
3. *Die Feuerwehrabgabe wird nach Feuerschutzreglement und kantonalem Tarif erhoben und beträgt 12 Prozent der einfachen Steuer vom Einkommen, höchstens aber CHF 350 (wie bisher).*

Eintretensdiskussion

Gallus Hälgi, Präsident der Geschäftsprüfungskommission, verliest deren Bericht.

„Das Budget 2008 und die damit verbundenen Anträge des Stadtrates warten mit einer kleinen Überraschung auf: eine Steuerfussenkung von 3%!

Natürlich haben Sie Recht, wenn Sie nun sagen, dass dies gar keine Überraschung mehr ist, haben doch schon etliche St. Galler Gemeinden infolge der Annahme des neuen kantonalen Finanzausgleichsgesetzes und der Neugestaltung des Finanzausgleiches und der Aufgabenteilung zwischen Bund und Kanton (kurz NFA) eine solche Absicht bereits kundgetan. Vorneweg die Stadt St. Gallen mit einem stadträtlichen Antrag mit einer Steuerfuss-Reduktion von 10%. Wäre eine Senkung in dieser Höhe für die Stadt Gossau auch möglich? Eine Frage, die sicherlich in allen Fraktionen bereits eingängig diskutiert wurde und heute Abend noch das Politikum schlechthin sein wird. Zur Thematik "Steuerfuss" werde ich später in meinem Votum noch gerne die Ausführungen der GPK mitteilen.

Zuerst aber bedankt sich die GPK an dieser Stelle bei allen involvierten Personen für die aufwendige und seriöse Budgetarbeit. Namentlich erwähnen möchten wir den Stadtpräsidenten, Herr Alex Brühwiler, den gesamten Stadtrat und das Finanzamt mit seinem Leiter, Herr Heinz Loretini.

In unserer Funktion als Geschäftsprüfungskommission haben wir den vorliegenden Voranschlag 2008 eingehend geprüft. Bei unserer Prüfung galt es im Wesentlichen das Budget als Gesamtbild zu betrachten, und sich nicht nur auf einzelne Budgetpositionen zu konzentrieren. Miteinbezogen wurden somit auch die Ausgewogenheit, die Überlegungen des Stadtrates und die wirtschaftliche Nachhaltigkeit. Wir liessen uns hierbei von folgenden Grundsätzen leiten:

Die Gesetzmässigkeit

Das Haushaltsgleichgewicht

Die Sparsamkeit

Die Wirtschaftlichkeit

Die Nachhaltigkeit der Investitionen

Die Verursacherfinanzierung bzw. das Verbot der Zweckbindung der Hauptsteuern

Gesamtbetrachtung

Bei der Gesamtbeurteilung des vorliegenden Budgets haben wir festgestellt, dass es von unserer Seite immer weniger Fragen gibt. Hierfür spricht sicherlich der noch ausführlichere Kommentar zu den einzelnen Positionen und Abweichungen.

Mit einem Gesamtaufwand von 77,344 Mio. Franken und Gesamterträgen von 76,905 Mio. Franken budgetiert der Stadtrat für den Städtischen Haushalt 2008 ein Defizit von 440'360 Franken. Ohne Berücksichtigung der beantragten Steuerfussenkung von 3% würde Ihnen heute sogar ein Budget mit einem Ertragsüberschuss von rd. 500'000 Franken unterbreitet.

In Anbetracht, dass unsere Stadt eine beachtliche Reserve für künftige Aufwandüberschüsse von rd. 12,3 Mio. Franken ausweist, ist eine Defizit-Budgetierung aus unserer Sicht sehr wohl gerechtfertigt. Auch das in den vergangenen Jahren schon einige Male ein budgetiertes Minus letztendlich einem Plus in der effektiven Rechnung gegenüberstand, untermauert eine solche Budgetierung. Klar ist, dass hier nicht vorhersehbare Zusatzeinnahmen oder die verbesserte Wirtschaftslage dazu beigetragen haben, aber das Budgetieren ist und bleibt nun mal in gewissen Bereichen eine Spekulation auf der Basis von Vergangenheitszahlen.

Bemerkungen zur Artengliederung

Die Gesamtaufwendungen vor Abschreibungen, Einlagen in Spezialfinanzierungen und Interner Verrechnungen belaufen sich auf rd. 66,5 Mio. Franken. Dies ist gegenüber den effektiven Zahlen aus der laufenden Rechnung 2006 ein leichter Anstieg von 843'000 Franken oder in Prozenten ausgedrückt 1,28. Der Vergleich zum Budget 2007 ergibt in etwa die gleichen Zahlen – einen Anstieg von 952'000 Franken.

Wie letztes Jahr steigen betragsmässig die Aufwandpositionen Personalaufwand in der Stadtverwaltung, im Sachaufwand die Rubrik "Dienstleistungen, Honorare, Porti, Abgaben", die Passivzinsen und die Anteile und Beiträge am Markantesten. Aus den Begründungen ist erkennbar, dass sich einige solche Mehraufwendungen aufgrund von wirtschaftlichen und gesetzlichen Einflüssen ergeben, beispielsweise Anstieg des Zinsniveaus oder die Abschaffung des alten indirekten Finanzausgleiches. Solche zusätzlichen Aufwendungen sind teilweise als gebunden zu betrachten. Die Betonung liegt hier aber klar auf teilweise, denn trotz all dieser äusserlichen Einflüsse haben sich die Ausgaben nach den Einnahmen zu richten.

Unter der Aufwandposition "Eigene Beiträge" macht sich die neue Anteilregelung bei den Ergänzungsleistungen für die Gemeinden positiv bemerkbar.

Auf der Ertragseite sind – ohne Berücksichtigung der Entnahmen aus Spezialfinanzierungen - leicht mehr Einnahmen budgetiert als im Voranschlag 2007 (plus 835'000 Franken) doch beachtlich weniger als die effektiven Zahlen der Laufenden Rechnung 2006 (minus 4,04 Mio. Franken). Auch hierfür sind plausible Gründe vorhanden, wie zum Beispiel die Zusatzlieferung der Stadtwerke von 1,5 Mio. Franken im 2006 oder die zu erwartende Gesetzesrevision im Bereich der Steuern für Juristische Personen.

Bemerkungen zur Funktionalen Gliederung

In dieser Gliederung wird die neue Aufgabenteilung zwischen Bund und Kanton im Bereich "Soziale Wohlfahrt" mit dem grossen Aufwandsrückgang von 1,15 Mio. Franken noch sichtbarer.

Für den Leser sind die im Bereich "Bildung" zwingend vorgenommenen Änderungen im Kontoplan sehr unglücklich, ergeben sich doch dadurch in den Einzelkonti riesige Abweichungen. Hoffen wir, dass diese ständigen Änderungen einmal ein Ende haben werden.

Investitionsrechnung

Die Wortmeldungen in der Parlamentssitzung vom letzten Mai zur Investitionsrechnung 2006 haben sich in der vorliegenden Investitionsrechnung 2008 bemerkbar gemacht. Wurden doch damals mehrfach Kritiken geäussert, dass meist zuviel budgetiert und dann jeweils ein grosser Teil der Investitionen nicht ausgeführt wurde. Für das kommende Jahr sind nun Investitionsvorhaben von gesamthaft rd. 11 Mio. Franken vorgesehen. Auf den ersten Blick sind dies zwar nochmals Mehrinvestitionen von 1,67 Mio. Franken zu den für das laufende Jahr 2007 geplanten, doch bei der Detailbetrachtung wird erkennbar, dass eine einzelne Position alleine bereits 4 Mio. Franken beinhaltet und somit 36% des Investitionsbudgets ausmacht. Gemeint ist das im September 2006 an der Urne bewilligte Bauvorhaben "OZ Buechenwald", welches nun im kommenden Jahr zur Umsetzung kommt und voraussichtlich im 2009 vollendet ist. Die restlichen bewilligten Millionen für dieses Projekt werden mit Baufortschritt ausgelöst und halten – so ersichtlich im Finanzplan – im Voranschlag 2009 und 2010 Einzug.

Weitere 1,5 Mio. Franken werden als Globalbetrag für die Sanierung der Schulanlagen eingesetzt. Im Kommentar wird dieser Investitionsbedarf erstmals überhaupt mit der Bezeichnung eines Rahmenkredits betitelt. Der Betrag basiert auf der einfachen Rechnung von rd. 2% des Gesamtliegenschaftswertes. Die Begründung, so flexibler und den Bedürfnissen gerechter agieren zu können, ist einleuchtend, doch muss man sich bewusst sein, dass die Überwachung eines solchen global gesprochenen Betrages für das Parlament erschwert wird. Auch die Bemerkung im Kommentar, dass zu einzelnen Projekten eine Vorlage erarbeitet und entsprechend dem Parlament oder dem Stadtrat vorgelegt wird, soll nicht über diese Tatsache hinweg täuschen.

Die übrigen Investitionsvorhaben sind im Kommentar begründet und nachvollziehbar.

Erwähnen möchte die GPK an dieser Stelle die neue ergänzende Investitionsrechnung auf den Seiten 10 bis 12, aus welcher nützliche Zusatzinformationen wie beispielsweise das Bewilligungsdatum, das Bewilligungsorgan und der bis 31. August dieses Jahres bereits ausbezahlten Beträge entnommen werden können.

Stadtwerke

Die Stadtwerke haben erstmals das Budget mit der neuen Finanzbuchhaltungssoftware erstellt, welche es auch ermöglicht hat, dass ganze Zahlenmaterial mit einer zusätzlichen Spalte für die Budgetzahlen 2007 zu ergänzen. Dieser Vergleich ist für den Betrachter sehr hilfreich und es stellt sich die Frage, ob dies nicht auch im Voranschlag des Städtischen Haushaltes Anwendung finden sollte. Die GPK würde dies auf jeden Fall begrüßen.

Mit dem geplanten Erfolg von 1,745 Mio. Franken beabsichtigen die Stadtwerke eine deutliche Gewinnsteigerung gegenüber der veranschlagten rd. 500'000 Franken für das laufende Jahr. Dieser sehr hohe beabsichtigte Gewinn ist aus betriebswirtschaftlichen Überlegungen sicherlich notwendig, da die Stadtwerke sich am Markt gegenüber privatwirtschaftlich geführten Unternehmen behaupten müssen. Der Löwenanteil am Erfolg wird aus dem Bereich "Elektrizität" erwartet (insgesamt 2,265 Mio. Franken). Die übrigen Bereiche "Trinkwasser" und "Erdgas" weisen ein Minus von 576'000 Franken und einen bescheidenen Erfolg von 56'000 Franken aus.

In der Investitionsrechnung 2008 sticht ein Vorhaben mit dem Betrag von 1,5 Mio. Franken ins Auge: die Sanierung des ehemaligen Gaswerkareals. Für die Beseitigung dieser Altlast wurde aber bereits aus der Gewinnverwendung 2006 eine Rückstellung von 945'000 Franken vorgenommen. Neu ist geplant auch die Rückstellung für den Bau einer Erdgastankstelle – welche nicht umgesetzt wird – für diese Altlastbeseitigung zu verwenden.

Altersheim Espel

Ein Reservenbezug von 75'000 Franken wird für das Ausgleichen des Voranschlages 2008 des Altersheims Espel notwendig.

Auffallend ist, dass für 2008 gar keine Investitionen geplant sind. Wer aber den Kommentar zur Laufenden Rechnung 2008 gelesen hat, stellt fest, dass einige Ausgaben unter der Rubrik "Sachaufwand" ebenso gut auch als Investitionsvorhaben aufgeführt werden könnten. Ein plausibles Kriterium für das jetzige Zuweisen in den Sachaufwand anstatt in die Investitionsrechnung gibt es von Seiten des Stadtrates nicht. Wir von der GPK erachten es als sinnvoll, wenn inskünftig hierzu ein einheitliches Kriterium wie üblicherweise eine Betragsgrenze angewendet wird.

Finanzplan 2008-2012

Mit der Betrachtung des Finanzplanes 2008 bis 2012 komme ich nun auf die eingangs erwähnte Steuerfuss-Senkung zu sprechen. In diesem Führungsinstrument teilt uns der Stadtrat seine Überlegungen und Voraussetzungen für den vorliegenden Antrag mit.

Interessant ist sicherlich, dass nun überhaupt ein solcher Antrag gestellt wird, wurden wir doch in den vergangenen Abstimmungsunterlagen "OZ Buechenwald" und "Alternative Zentrumsquerung" über eine unausweichliche Steuerfusserhöhung von bis zu 5% orientiert. Unter den neuen gesetzlichen Gegebenheiten – neues kantonales Finanzausgleichsgesetz und NFA- sieht die Ausgangslage etwas anders aus. Für unseren Städtischen Haushalt hat aber grundsätzlich nur die NFA eine direkte finanzielle Auswirkung, da neu der Anteil der Gemeinden an den Ergänzungsleistungen von jährlich 60% auf 20% gesenkt wird. Eine Kostenreduktion für die Stadt Gossau von 2,35 Mio. Franken. Somit und ohne Einbezug der Zukunftspläne unserer Stadt, könnten wir sogar über eine Senkung des Steuerfusses von 9% diskutieren. Der nun zu behandelnde Antrag des Stadtrates liegt nun ganz schweizerisch irgendwo in der Mitte zwischen 5 rauf und 9 runter.

So einfach hat es sich der Stadtrat dann aber doch nicht gemacht. Er knüpft diese Senkung, welche betragsmässig rund 950'000 Franken beträgt, an klare Voraussetzungen, die in naher Zukunft greifen resp. lanciert werden müssen:

1. Tötigung von Desinvestitionen von jährlich 1 Mio. Franken ab 2010.
2. Abgabe von zusätzlichen 1,5 Mio. Franken der Stadtwerke an den Städtischen Haushalt ab 2009 für die Durchleitungsrechte, welche bis zum heutigen Tag noch nie verrechnet wurden.
3. Start eines Entlastungsprogramms 2009, welches den finanziellen Spielraum für neue Aufgaben erhöht.

Dies sind zuerst einmal geplante Massnahmen, d.h. konkret liegen noch keine ausgearbeiteten und definitiven Pläne von Seiten des Stadtrates vor.

Die GPK unterstützt die Sichtweise des Stadtrates, dass bei einer Steuerfussenkung alle möglichen – und vor allem für Gossau neue - Wege für das Generieren von Liquidität beschritten werden müssen. Dies ist in Anbetracht der im Finanzplan aufgeführten Investitionsvorhaben der kommenden 5 Jahre sogar zwingend. Hoffen wir, dass der Stadtrat die gut gedachten Massnahmen auch in konkrete Taten umzusetzen vermag.

Um nun auf die Frage von ganz am Anfang zurückzukommen: Kann die Stadt Gossau auch eine grössere Steuerfussenkung vornehmen? Klar, kann sie. Dies alles ist eine Frage der Strategie. Unsere Stadt hat sich in der Vergangenheit mit einer sehr tiefen Pro-Kopf-Verschuldung ausgezeichnet. Möchte die Stadt Gossau nun zulasten der Verschuldung und dem erhöhten Fremdkapitalbedarf der Bürgerschaft einen tieferen Steuerfuss anbieten, so ist dieser Entscheid - wie gesagt - eine strategische Frage oder ganz einfach ausgedrückt Politik.

Die GPK kann die Gedankengänge des Stadtrates nachvollziehen und ist der Überzeugung, dass eine 3 prozentige Senkung mit den genannten Ausführungen zu rechtfertigen ist. Die Geschäftsprüfungskommission sieht sich aber auf keinen Fall als Gremium, welche Politik zu betreiben hat. Dies ist Aufgabe der Parteien und des gesamten Parlaments.

Meine Damen und Herren, aufgrund der gemachten Ausführungen unterbreitet Ihnen die Geschäftsprüfungskommission, in Anbetracht ihrer Prüfung und Gesamtbetrachtung des Voranschlages 2008, einstimmig folgende Anträge:

1. Eintreten

Die GPK beantragt auf die Voranschläge 2008 einzutreten.

2. Beschlussfassung

- 1. Die Voranschläge für das Jahr 2008 der Stadtwerke mit einem Ertragsüberschuss von CHF 1'745'000, des Altersheimes Espel mit einem ausgeglichenen Budget und des Städtischen Haushaltes mit einem Aufwandsüberschuss von CHF 440'360 werden genehmigt.*
- 2. Die Steuersätze für das Jahr 2008 werden wie folgt festgelegt:*

<i>Gemeindesteuer</i>	<i>124 % (bisher 127%)</i>
<i>Grundsteuer</i>	<i>0,6 ‰ (wie bisher)</i>
- 3. Die Feuerwehrabgabe wird nach Feuerschutzreglement und kantonalem Tarif erhoben und beträgt 12 Prozent der einfachen Steuer vom Einkommen, höchstens aber CHF 350 (wie bisher).“*

Stadtpräsident Alex Brühwiler nimmt Stellung zum stadträtlichen Antrag auf Steuerfuss-Senkung. In den bisherigen Aussagen ist der Stadtrat davon ausgegangen, dass für die Finanzierung der anstehenden Investitionen der Steuerfuss um rund 5 % erhöht werden muss. Mit dem neuen Finanzausgleich wird der Stadthaushalt indes um rund 8 Steuerprozent entlastet, woraus ein Antrag auf Steuerfuss-Senkung um 3 % resultiert.

Hanspeter Fröhlich (FDP) attestiert dem Stadtrat sehr gute Arbeit. Unbefriedigend sind die zahlreichen Kontoverschiebungen, welche einen Vergleich erschweren. Die bereits früher bewilligten oder bezahlten Beträge sind nun im Investitionsbudget transparent gemacht. Die Aufwände für das Stadtentwicklungskonzept sollen im Sinne der Transparenz auch separat aufgeführt werden. Die FDP-Fraktion stellt den Antrag, den Steuerfuss um 5 % zu senken. Diese Senkung ist vertretbar und notwendig. Gossau könnte sich eine kurzfristige höhere Verschuldung leisten. Auf das Budget ist einzutreten.

Albert Lehmann (CVP) beurteilt die Arbeit des Stadtrates als gut. Der Blick auf den Finanzplan zeigt eine Erhöhung der Verschuldung. Die vom Stadtrat aufgezeigten Gegen-Massnahmen werden von der CVP-Fraktion begrüsst. Unbestritten ist aber auch eine Steuerfussreduktion zu Gunsten der Einwohner. Die Reserven lassen eine Reduktion des Steuerfusses um 5 % zu. Die Fraktion beantragt Eintreten.

Claudia Meier-Uffer (FLiG) steht grundsätzlich hinter dem Budget. Der Sparwille des Stadtrates ist erkennbar, eine Senkung des Steuerfusses weiter als um 3 % wird nicht unterstützt. Von guten Infrastrukturen der Stadt profitieren alle gleich, ob arm oder reich. Eine Senkung um 5 statt 3 Steuerprozent wird aber nur für die gut verdienenden Steuerzahlenden wirklich spürbar. Spürbar würde aber für alle, wenn zu wenig Geld für die Infrastrukturen zur Verfügung stehen würde. Der Finanzplan zeigt einige grosse Ausgaben auf. Der Steuerfuss-Senkung um 3 % wird die FLiG zustimmen. Auf das Budget ist einzutreten.

Stefan Schmid (SP) fragt, wohin sich Gossau entwickeln soll. Will Gossau ein Steuerparadies werden? Nachhaltige Investitionen (öffentlicher Verkehr, Wohnen im Alter, Bildung etc.) dienen dem Bürger mehr als eine Steuerfuss-Senkung. Der Antrag des Stadtrates für eine Steuerfuss-Senkung um 3 % wird unterstützt. Wichtiger ist ein kontinuierlicher Steuerfuss, der dann auch gehalten werden kann.

Claudia Martin (SVP) bedankt sich für die geleistete Budgetarbeit und die übersichtliche Berichterstattung. Bei der Steuerfuss-Senkung teilt sie die Auffassung des Stadtrates nicht. Was ist besser: eine tiefe Verschuldung bei höherem Steuerfuss, oder umgekehrt? Eine Steuersenkung entlastet alle Steuerpflichtigen spürbar. Gemäss Leitsatz will Gossau zu den steuergünstigsten Gemeinden gehören. Die Fraktion unterstützt deshalb einen Sen-

kungsantrag um 5 %. Das vom Stadtrat angekündigte Entlastungsprogramm soll nicht bei schönen Worten bleiben. In den vergangenen Jahren wurde bei den Voranschlägen immer ein Defizit budgetiert, in der Regel dann ein positiver Abschluss vorgewiesen. Die Reserven von 12 Mio. liegen nicht greifbar auf der hohen Kante, sie könnten aber via zusätzliche Abschreibungen reduziert werden. Auf das Budget sei einzutreten.

Stadtpräsident Alex Brühwiler erläutert, dass die guten Abschlüsse der vergangenen Jahre hauptsächlich aus Zusatzablieferungen der Stadtwerke resultieren. Die Steuerfussreduktion um 5 % statt 3 % würde für die nächsten 5 Jahre eine zusätzliche Fremdkapitalaufnahme von 3 Mio. bedeuten. Gossau ist heute in der Region eine steuergünstige Gemeinde. Die nächste Steuergesetzrevision steht bevor, deren Auswirkungen auf die Stadtkasse sind nicht klar. Die auf 2007 realisierte Steuergesetzrevision kostete die Stadt CHF 1 Mio.

Detailberatung Investitionsrechnung Stadtwerke

Die Diskussion wird nicht benutzt.

Detailberatung Laufende Rechnung Stadtwerke

Marianne Federer (FLiG) möchte den CO₂-Ausstoss senken. Schlecht isolierte Gebäude sollen saniert werden. Auch in Gossau soll dafür ein Anreizsystem geschaffen werden. Im **Konto 801 Ausserordentlicher Aufwand** soll ein Betrag von CHF 25'000 für die finanzielle Unterstützung von Wärmebildaufnahmen eingesetzt werden. Die in Abtwil oder Wil laufenden Wärmebildaktionen könnten in Gossau übernommen werden. Der Stadtrat soll eine solche Aktion noch im laufenden Winter aufgleisen und realisieren.

Beschluss

Der Antrag wird mit 28 Ja bei 2 Enthaltungen angenommen.

Detailberatung Laufende Rechnung Altersheim Espel

Die Diskussion wird nicht benutzt.

Detailberatung Investitionsrechnung Städtischer Haushalt

Stadtrat Christian Manser beantragt, im **Konto 1140.5060 Mannschaftstransporter** die Budgetposition von CHF 100'000 zu streichen. Stattdessen soll ein Fahrzeug für den Kommandanten der Feuerwehr angeschafft werden für CHF 60'000. Dessen Einsatzradius ist aufgrund der neuen regionalen Zusammenarbeite grösser als früher (Waldkirch bis Degersheim). Mit der Anschaffung des Mannschaftstransporters soll zugewartet werden, bis weitere Abklärungen getätigt sind.

Ernst Ziegler (SVP) sieht nach dem Nein zu alternativer Zentrumsquerung und zum Stadtbus weniger Bedarf für Planungen. Der Betrag von CHF 165'000 im **Konto 1770.5811 Raumplanung** ist zu hoch und soll um CHF 65'000 gesenkt werden. Er stellt den Antrag, den Betrag von CHF 65'000 (welcher sich aus CHF 50'000 für nicht absehbare Studien und CHF 15'000 für allgemeine Planungen für den Langsamverkehr zusammensetzt) zu streichen.

Felix Koller (FDP) kommt zum gleichen Ergebnis wie Ernst Ziegler. Er möchte nicht weitere Planungen in den Sand setzen. Nur ein Bruchteil der Planungen kann realisiert werden. Die genannte Budgetposition sei um CHF 65'000 zu kürzen.

Robin Wehrle (FLiG) wendet sich gegen den gestellten Antrag. Das Verkehrsproblem ist ungelöst, eine Lösung geht nicht ohne Geld.

Claudia Kretz (FDP) beantragt die Streichung des Betrages von CHF 100'000 im **Konto 1330.5001 Dorfplatz Arnegg**. Die Dorfkorporation wird 2008 eine Umfrage machen, um die tatsächlichen Bedürfnisse der Arnegger Bevölkerung kennen zu lernen.

Patrick Scheiwiler (CVP) möchte die Konsequenzen einer Budget-Streichung kennen.

Stadtrat Kurt Züblin orientiert, dass der Stadtrat vorsorglich CHF 100'000 eingesetzt hat, um handlungsfähig zu werden. Wenn das Resultat der Umfrage Dorfkorporation vorliegt, sollte der Stadtrat über den Kredit verfügen können. Der Betrag sollte deshalb im Budget bleiben.

Hanspeter Fröhlich (FDP) möchte nicht CHF 100'000 ins Budget nehmen, wenn die Arnegger noch nicht wissen, was sie wollen.

Patrick Scheiwiler (CVP) geht davon aus, dass nächstes Jahr klare Anträge aus Arnegg kommen. Der Antrag der FDP soll abgelehnt werden.

Stadtpräsident Alex Brühwiler fragt, welcher Teil des Kredites Raumplanung gestrichen werden soll. Bevor Entscheide über Projekte gefällt werden können, muss geplant werden. Dazu sollten die Mittel im Budget bleiben.

Hanspeter Fröhlich (FDP) hat aus den abgelehnten Krediten zur Stadtentwicklung gelernt und möchte deshalb den Kredit für Planungen reduzieren.

Robin Wehrle (FLiG) findet nicht, dass die Planungen gestrichen werden sollen, weil Kredite für Ausführungen gestrichen worden sind.

Beschluss des Stadtparlamentes:

Änderungsantrag Christian Manser zu Konto 114.5060 Mannschaftstransporter

Dem Änderungsantrag wird mit 29 Ja zu 1 Nein zugestimmt.

Reduktionsantrag Ernst Ziegler / Felix Koller Konto 1770.5811 Raumplanung

Der Kredit wird mit 16 Ja zu 14 Nein von CHF 165'000 auf CHF 100'000 gekürzt.

Streichungsantrag Claudia Kretz zu Konto 1330.5001 Dorfplatz Arnegg

Der Streichungsantrag wird mit 10 Ja zu 20 Nein abgelehnt.

Detailberatung Laufende Rechnung Städtischer Haushalt

Stefan Harder (FLiG) beantragt eine höhere Unterstützung der Gossauer Vereine. Diese sollen die Infrastrukturen der Stadt weitgehend kostenlos benützen können. Er sieht die Forderung seiner diesjährigen Interpellation im Budget noch nicht realisiert und beantragt, die Erträge in den **Konti 12170.4340 / 12171.4341** insgesamt um CHF 10'000 zu reduzieren.

Patrick Scheiwiler (CVP) möchte eine Übersicht, ob noch weitere ähnliche Kürzungsanträge folgen.

Stefan Harder (FLiG) bejaht dies.

Stefan Schmid (SP) möchte gezielt fördern und entlasten, nicht linear.

Benno Koller (SVP) findet den Kürzungsantrag auch schwierig. Dies könnte die Benutzungsansprüche ansteigen lassen.

Stadtrat Pius Keller orientiert über die Bearbeitung der neuen Benutzungsreglemente. Die Benutzung soll nicht gratis werden, aber für die Vereine erträglicher gestaltet werden.

Robin Wehrle (FLiG) findet diese Antwort etwas mutlos. Die Förderung der Jugend-Vereinsarbeit ist wichtig. Er beantragt Unterstützung des Kürzungsantrages.

Beschluss des Stadtparlamentes:

Reduktionsantrag Stefan Harder zu Konti 12170.4340 / 12171.4341

Der Reduktionsantrag wird mit 17 Nein zu 10 Ja bei 3 Enthaltungen abgelehnt.

Benno Koller (SVP) weist auf den Sonderlastenausgleich hin, welcher für die Stadt St.Gallen eine wesentliche Verbesserung für deren zentralörtlichen Leistungen bringt. Im **Konto 1300.3653 Konzert und Theater St. Gallen** ist trotzdem noch ein Beitrag der Stadt Gossau von CHF 68'000 budgetiert. Dieser Betrag soll gestrichen werden. Er versteht nicht, wieso sich der Stadtrat in diesem Thema passiv verhält.

Hanspeter Fröhlich (FDP) hat sich diese Überlegung auch gemacht. Das Theater hat aber eine grosse Tradition und ist eine Genossenschaft, nicht Teil der Stadtverwaltung St. Gallen. Er beantragt Ablehnung.

Roland Seiler (SVP) weist darauf hin, dass die Stadt St.Gallen nächstes Jahr 24 Mio. CHF mehr erhalten wird für die zentralörtlichen Leistungen. Das Geld soll nicht einem übervollen Finanztopf nachgeworfen werden. Das Geld soll besser in Gossau investiert werden.

Stefan Schmid (SP) weist darauf hin, dass etwas vermischt wird. Die Stadt St.Gallen erhält die Abgeltung aus dem Finanzausgleich nicht für die Kultur, sondern für alle ihre Leistungen. Er lehnt den Antrag ab.

Bruno Damann (CVP) orientiert, dass es nicht um die Stadt St.Gallen geht, sondern um eine Genossenschaft. Die umliegenden Gemeinden zahlen dem Walter Zoo Verein rund CHF 70'000. Würde Gossau den Beitrag streichen, hätte dies Folgen auf die Beiträge an den Walter Zoo Verein.

Urs Brülisauer (SVP) weiss, dass die Stadt St. Gallen den Steuerfuss um 10 % senken wird und die Billettsteuer abschaffen wird. Es sollen nicht noch Gelder zwischen den Gemeinden hin und her geschoben werden.

Kurt Rindlisbacher (FDP) findet das Stadttheater eine gute Sache, viele Gossauer profitieren. Gossau hat einen riesigen Standortvorteil mit der Nähe zur Stadt St.Gallen. Der Beitrag von CHF 68'000 ist sehr gut investiert.

Melanie Helfenberger (CVP) kann einen ersatzlosen Streichungsantrag nicht unterstützen.

Ruedi Zingg (CVP) weist darauf hin, dass der neue Lastenausgleich noch nicht rechtskräftig ist. Der Stadtrat soll diese Subventionsfrage klären auf das nächste Budget, in Absprache mit anderen beteiligten Gemeinden.

Stadtpräsident Alex Brühwiler ist als Vertreter der St.Gallischen Gemeinden im Verwaltungsrat der Genossenschaft. Würde der Beitrag Gossau gestrichen, würde der Betrag direkt der Genossenschaft fehlen. Die Auslastung des Theaters ist ausserordentlich hoch. Die neue Subventionsregelung wird erst etwa auf 2012 in Kraft treten können. Der Beitrag ist der einzige Beitrag, den Gossau an das ganze kulturelle Angebot in der Stadt St.Gallen leistet.

Beschluss des Stadtparlamentes:

Streichungsantrag Benno Koller zu Konto 1300.3653 Konzert und Theater St. Gallen

Der Streichungsantrag wird mit 6 Ja zu 24 Nein abgelehnt.

Hans Züst (FDP) weist auf den Anstieg der Sozialkosten in den letzten 20 Jahren hin. Die gute Wirtschaftslage würde nun einen Rückgang zulassen. In Gossau wird im Budget 2008 erneut von einer Steigerung ausgegangen. In guten Zeiten sollten die Kosten abnehmen. Der Stadtrat ist eingeladen, diese Kosten gut im Auge zu behalten.

Stadtrat Paul Egger orientiert, dass die Kosten mehr einer gesellschaftlichen Entwicklung folgen, als einer wirtschaftlichen. Jeder schaut weg, jeder schaut für sich. Die Strukturen in Gossau sind immer noch gut, die Arbeitslosenzahl ist gering. Aber die Zahl der Stellensuchenden (diese erscheinen in der Arbeitslosenstatistik nicht) ist sehr viel höher, als die tatsächlich ausgewiesene Zahl der Arbeitslosen. Die Stadt sieht Lösungsmöglichkeiten im Beschäftigungsprogramm und in der Förderung der Arbeitsmarktfähigkeit von solchen Personen.

Stefan Schmid (SP) erwidert das Votum von Hans Züst. Die Arbeitgeber haben eine wichtige Rolle darin, auch nicht voll leistungsfähigen Personen eine Chance zu geben.

Roland Seiler (SVP) ist erstaunt über die hohen Ausgaben im **Konto 1770 Raumplanung**. Er stellt den Antrag, das Budget von CHF 190'700 auf CHF 140'000 zu kürzen, und die Verteilung des Geldes auf die einzelnen Aufgaben dem Stadtrat zu überlassen.

Stadtpräsident Alex Brühwiler findet den Antrag wenig begründet.

Beschluss des Stadtparlamentes:

Reduktionsantrag von Roland Seiler zu Konto 1770 Raumplanung

Der Reduktionsantrag wird mit 22 Nein zu 7 Ja bei 1 Enthaltung abgelehnt.

Urs Brülisauer (SVP) nimmt Stellung zum **Konto 1830.3183 Internetauftritt der Stadt Gossau**. Die Kosten sind viel zu hoch. Er hinterfragt insbesondere das Pilotprojekt für die Bürgerkarte. Er beantragt, die Budgetposition um CHF 30'000 auf CHF 15'000 zu reduzieren.

Albert Lehmann (CVP) möchte Auskunft des Stadtrates zur Bürgerkarte.

Stadtpräsident Alex Brühwiler kennt die Details dieses Pilotprojektes nicht.

Urs Brülisauer (SVP) orientiert, dass mit der Bürgerkarte die Einwohner eine elektronische Identifikation erhalten. Gossau betreibt in diesem Thema Aktionismus.

Benno Koller nimmt Stellung zum **Konto 1830.3189 Tour de Suisse**. Mit einem solchen Anlass wird sich Gossau nicht auszeichnen können. Andere Anlässe könnten Gossau viel mehr bringen. Warum hat der Stadtrat einen Beitrag von CHF 80'000 zugesichert und im Budget CHF 40'000 eingesetzt? Der Nutzen dieser Doping-

Sportart für Gossau ist gering, es sollen dafür keine Steuergelder ausgegeben werden. Das Gossauer Gewerbe wird vom Anlass nicht viel profitieren können. Die Fraktion beantragt die Streichung des Beitrages von CHF 40'000.

Robin Wehrle (FLiG) wehrt sich gegen den Streichungsantrag. Es kann nicht die ganze Sportart schlecht gemacht werden. Der Anlass wird grosse mediale Aufmerksamkeit geniessen.

Urs Brülisauer (SVP) kann sich nicht vorstellen, dass jemand noch die Etappenorte der letzten Tour de Suisse kennt. Steuergelder sollen nicht für eine unsaubere Sportart freigegeben werden.

Melanie Helfenberger (CVP) ist kein Tour de Suisse-Fan. Gossau würde aber eine Möglichkeit erhalten, sich zu präsentieren.

Felix Koller (FDP) zeigt am Beispiel der Euro 08, dass Grossanlässe keinen Mehrwert bringen. Die Vor- und Nachteile neutralisieren sich. Mit einer anderen Verwendung der CHF 40'000 könnte mehr bewirkt werden. Es sollte nicht die Aufgabe der Stadt sein, eine Organisation wie die Tour de Suisse zu unterstützen.

Roland Seiler (SVP) weist auf die Ablehnung der Gemeinde Herisau hin, die Etappenankunft mit zu finanzieren. Dort wurde der Anlass privat finanziert.

Stefan Harder (FLiG) will die Folgen einer Ablehnung des Kreditbetrages kennen.

Stadtpräsident Alex Brühwiler orientiert, dass gegenüber der Tour de Suisse eine Zusicherung abgegeben werden musste. Der Stadtrat hat den Vertrag mit der Auflage verbunden, dass mindestens die Hälfte der CHF 80'000 durch Dritte finanziert wird. Wird der Budgetposten gestrichen, bleibt die Zusicherung des Stadtrates bestehen. Eine Lösungsmöglichkeit wäre die Rückstellung zu Lasten der Rechnung 2007.

Beschluss des Stadtparlamentes:

Reduktionsantrag Urs Brülisauer zu Konto 1830.3183 Internetauftritt der Stadt Gossau

Die Budgetposition wird mit 20 Ja zu 10 Nein auf CHF 15'000 reduziert.

Streichungsantrag Benno Koller zu Konto 1830.3189 Tour de Suisse.

Der Streichungsantrag wird mit 8 Ja zu 22 Nein abgelehnt.

Patrick Scheiwiler (CVP) stellt fest, dass die in der Finanzplanung vorgesehene zusätzliche Ablieferung der Stadtwerke von jährlich CHF 1.5 Mio. nicht budgetiert ist. Er lädt den Stadtrat ein, die zusätzliche Ablieferung bereits bei der Gewinnverwendung 2007 zu realisieren.

Gallus Hälg (SVP) beantragt im **Konto 1990.3313 Ausserordentliche Abschreibungen** eine zusätzliche Abschreibung in der Grössenordnung von 2 Steuerprozenten, d.h. CHF 630'000. Eine solche Lösung ist nachhaltig und sinnvoll. Die SVP wird diesen Antrag künftig jährlich stellen, sofern sie heute Zustimmung erhält. Die Zusatzabschreibung generiert keine Mindereinnahmen. Der Betrag kann zur Rückzahlung von Bankkrediten verwendet werden. Innert 5 Jahren kommen so 3 Mio. zusammen. Es können Fremdzinsen eingespart werden. Die Reserve für künftige Aufwandüberschüsse wird jährlich reduziert.

Claudia Meier-Uffer (FLiG) ist vom Antrag überrascht und überfordert. Sie kann über diesen Antrag schwierig entscheiden. Das Geschäft sollte in der GPK ausgereift und mit den Fraktionen auf das Budget 2009 beraten werden.

Gallus Hälg (SVP) möchte nicht als GPK Politik betreiben. Die GPK ist nicht verpflichtet, zu Anträgen Stellung zu nehmen. Sie muss lediglich den stadträtlichen Antrag prüfen.

Stadtpräsident Alex Brühwiler findet es nicht erfreulich, wenn derart grundlegende Fragen so kurzfristig in das Parlament kommen. Er ist nicht überzeugt, ob der Antrag der richtige Weg ist. Damit würde entweder der Aufwandüberschuss grösser, oder der Ertragsüberschuss kleiner. Im zweiten Fall würden die Überlegungen nicht mehr aufgehen. In diesem Fall muss das Parlament ohnehin entscheiden, was mit den Überschüssen passiert. Art. 6 des Abschreibungsreglementes gibt dem Parlament die Kompetenz für Mehrabschreibungen. Er möchte den Antrag entgegen nehmen zur Abklärung auf das Budget 2009. Der Antrag der SVP sei abzulehnen.

Beschluss des Stadtparlamentes:

Antrag Gallus Hälg zu Konto 1990.3313 Ausserordentliche Abschreibungen

Der Antrag wird mit 10 Ja zu 19 Nein bei 1 Enthaltung abgelehnt.

Detailberatung Finanzplan

Die Diskussion wird nicht gewünscht.

Schlussabstimmung über die Anträge des Stadtrates / der Geschäftsprüfungskommission:

1. Die Voranschläge für das Jahr 2008 der Stadtwerke mit einem Ertragsüberschuss von CHF 1'745'000, des Altersheimen Espel mit einem ausgeglichenen Budget und des Städtischen Haushaltes mit einem Aufwandüberschuss von CHF 440'360 werden genehmigt.
2. Die Steuersätze für das Jahr 2008 werden wie folgt festgelegt:
Gemeindesteuer 124 % (bisher: 127 %)
Grundsteuer 0.6 ‰ (wie bisher)
3. Die Feuerwehrabgabe wird nach Feuerschutzreglement und kantonalem Tarif erhoben und beträgt 12 Prozent der einfachen Steuer vom Einkommen, höchstens aber CHF 350 (wie bisher).

Diesem Antrag stehen die Anträge der Fraktionen FDP, CVP und SVP für einen Gemeindesteuerfuss von 122 % entgegen.

Im Städtischen Haushalt verändert sich der Aufwandüberschuss gemäss den vorstehenden Beschlüssen.

Beschluss des Stadtparlamentes:

Antrag 1 Voranschläge: Einstimmig angenommen.

Antrag 2 Gemeindesteuer: 7 Stimmen für Steuerfussreduktion um 3 %
21 Stimmen für Steuerfussreduktion um 5 %
2 Enthaltungen.
Antrag von FDP, CVP, SVP angenommen, der Steuerfuss beträgt neu 122 %.

Antrag 2 Grundsteuer: Einstimmig angenommen.

Antrag 3 Feuerwehrabgabe Einstimmig angenommen.

22.03

Neuer Vorstoss

Interpellation Melanie Helfenberger (CVP) „Sanierung Schiessanlage Arnegg“

Dieses Protokoll wurde auf dem Zirkulationsweg am 7. Dezember 2007 genehmigt.



Alfred Zahner
Präsident



Toni Inauen
Stadtschreiber